Stadt Leverkusen Antrag Nr. 2025/0114

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he
Dezernat/Fachbereich/AZ

12.12.2025
Datum

Beratungsfolge	**Datum**	**Zuständigkeit**	**Behandlung**
Bürger- und Umweltausschuss	22.01.2026	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	03.02.2026	Beratung	öffentlich
Finanzausschuss	09.02.2026	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	23.02.2026	Entscheidung	öffentlich

Betreff:
Sicherheitsmaßnahmen unter der Stelzenautobahn
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2025

Anlage/n:
0114 - Antrag

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen • Postfach 101 140 • 51311 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

FRAKTION LEVERKUSEN

Friedrich-Ebert-Straße 96
51373 Leverkusen
Telefon: 02 14 / 406-87 20

info@cdufraktion-lev.de
http://cdufraktion-lev.de

Unser Zeichen: tf / mdp

Leverkusen, 8. Dezember 2025

Sicherheitsmaßnahmen unter der Stelzenautobahn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnungen der zuständigen Gremien:

Modellprojekt mobile Videoüberwachung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Bereich unter der Stelzenautobahn in Küppersteg ein auf sechs Monate befristetes Modellprojekt zur mobilen Videoüberwachung einzurichten.

2. Für das Modellprojekt sollen mobile und kurzfristig einsetzbare Videoüberwachungsanlagen verwendet werden, wie sie beispielsweise im Baustellen- oder Veranstaltungsbereich genutzt werden.

3. Während der Projektlaufzeit entwickelt die Verwaltung ein fachliches Konzept für den künftigen Umgang mit sicherheitsrelevanten Brennpunkten im Stadtgebiet. Darin soll dargestellt werden, unter welchen Voraussetzungen mobile Videoüberwachung künftig auch an anderen Stellen zeitlich befristet eingesetzt werden kann. Dieses Konzept wird im KPR vorgestellt.

4. Die Verwaltung nimmt Kontakt zu Städten auf, die vergleichbare Projekte durchgeführt haben (Beispiele siehe Begründung) und holt dortige Erfahrungen zu technischen Abläufen, rechtlichen Rahmenbedingungen und organisatorischer Umsetzung ein.

5. Das Modellprojekt wird durch regelmäßige Kontrollen des Kommunalen Ordnungsdienstes begleitet und erfolgt in enger Abstimmung mit der Polizei.

6. Nach Abschluss der Projektphase legt die Verwaltung einen Bericht im KPR vor, der Aussagen zur Wirksamkeit, zum organisatorischen Aufwand, zur datenschutzrechtlichen Bewertung sowie zu möglichen Handlungsempfehlungen enthält.

Weiterer sicherheitstechnische Maßnahmen an der Stelzenautobahn

1. **Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im Bereich unter der Stelzenautobahn zusätzlich Temposchwellen oder vergleichbare bauliche Maßnahmen installiert werden können, um eine kostengünstige und wirksame Möglichkeit zur Reduzierung erhöhter Geschwindigkeit und zur Verringerung des Anreizes für illegale Autorennen zu schaffen.**
2. **Für den Bereich unter der Stelzenautobahn soll geprüft werden, ob mit einem geeigneten Beleuchtungskonzept hier die Sicherheit nachhaltig erhöht werden kann.**

3. **Die Verwaltung legt dem KPR dar, welche Varianten technisch möglich sind, welchen Aufwand sie verursachen, welche Auswirkungen sie auf den Verkehr – insbesondere an Tagen mit Stadionbetrieb – haben und welche Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können.**

Begründung:

Der Bereich unter der Stelzenautobahn in Küppersteg wird seit längerer Zeit regelmäßig für illegale Autorennen und andere störende Aktivitäten genutzt. Diese Vorgänge führen zu erheblichen Gefährdungen und Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie für Verkehrsteilnehmer. Bereits durchgeführte Maßnahmen, darunter wiederholte Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt, haben die Situation bislang nicht nachhaltig verbessert.

Mit einem befristeten Modellprojekt soll geprüft werden, ob der Einsatz mobiler Videoüberwachung geeignet ist, das Sicherheitsniveau an dieser Stelle zu erhöhen. Mobile Anlagen lassen sich kurzfristig installieren, flexibel versetzen und nach Abschluss der Projektphase Rückbauen. Die Modellphase ermöglicht es, praktische Erfahrungen zu sammeln und die Wirksamkeit dieser Technik unter realen Bedingungen zu bewerten.

Selbstverständlich ist die finanzielle Lage der Stadt aktuell sehr angespannt, dies soll auch betrachtet werden und die Möglichkeit von Fördermitteln und auch die Finanzierung über die kleinen Bezirksmittel sollte einmal mit geprüft werden.

Der ergänzende Austausch mit Kommunen, die bereits ähnliche Projekte durchgeführt haben, ist hilfreich, um bestehende Erfahrungen zu nutzen und bewährte Vorgehensweisen in die eigenen Überlegungen einzubeziehen. Die Stadt Mannheim verfügt hierbei über relevante Erkenntnisse, die für die Beurteilung der technischen und organisatorischen Machbarkeit von Bedeutung sein können. Aber auch die Städte Stadt Essen, Stadt Dortmund, Stadt München, Stadt Mülheim a.d. Ruhr, Stadt Bonn, Stadt Hamm haben bereits ähnliche Projekte und Erfahrungen mit mobiler Videoüberwachung gemacht.

Die ergänzende Prüfung baulicher Maßnahmen wie Temposchwellen dient dazu, weitere kostengünstige und unmittelbar wirksame Möglichkeiten zur Reduzierung hoher Geschwindigkeiten zu identifizieren. Ziel ist es, den Anreiz für illegale Rennen und ähnliche Aktivitäten zu vermindern und eine zusätzliche Option zur Verbesserung der Sicherheit zu schaffen. Der kriminalpräventive Rat (KPR) ist hierbei das geeignete Gremium um die Politik bei den Sachständen und Entwicklungsschritten entsprechend zu informieren und in den gemeinsamen Austausch zu gehen.

Darüber hinaus sollte die Verwaltung prüfen, ob ein angepasstes Beleuchtungskonzept zur Verbesserung der Sicherheit im Bereich unter der Stelzenautobahn beitragen kann. Eine ausreichende und zielgerichtete Beleuchtung kann das Sicherheitsgefühl deutlich erhöhen, die Aufenthaltsqualität verbessern und gleichzeitig abschreckend auf unerwünschte Aktivitäten wirken. Bei der Prüfung sind sowohl das Kosten-Nutzen-Verhältnis als auch mögliche zusätzliche positive Effekte zu berücksichtigen, etwa eine verbesserte Orientierung und höhere Sicherheit bei der starken Frequentierung des Bereichs im Zusammenhang mit Fußballspielen in der BayArena. Die CDU-Fraktion weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das CDU-Projekt „Licht schafft Sicherheit“ seit vielen Jahren erfolgreich an verschiedenen Orten in Leverkusen für eine verbesserte Beleuchtung gesorgt hat und dort nachweislich zu einer Steigerung der Sicherheit beigetragen hat. Ein entsprechender Ansatz könnte auch unter der Stelzenautobahn sinnvoll angewandt werden.

Regelmäßige Kontrollen des Kommunalen Ordnungsdienstes sowie eine abgestimmte Zusammenarbeit mit der Polizei bleiben dabei weiterhin erforderlich, um auf Auffälligkeiten zeitnah reagieren zu können und die Wirkung der Maßnahmen insgesamt zu unterstützen

Mit freundlichen Grüßen

Tim Feister	Matthias Itzwerth	Menelaos Georgiou	René Mayer
Fraktionsvorsitzender	CDU Ratsmitglied	CDU Ratsmitglied	CDU Ratsmitglied